

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold (1924–1933)

Die Weimarer Republik war keine „Republik ohne Republikaner“. Auch waren keineswegs alle Entwicklungen und das Scheitern der ersten deutschen Demokratie im Voraus klar. Deshalb drängt sich eine Beschäftigung mit dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold auf, einer einzigartigen Vereinigung zum Schutz der Weimarer Republik.

Stefan Heinz

Mit mindestens 1,5 Millionen Mitgliedern war das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold zweifellos die mit Abstand größte demokratische Organisation der Weimarer Zeit. Das Reichsbanner war eine Massenorganisation, die zu Unrecht in der Erinnerungskultur eine geringe Rolle spielt und in ihrer Bedeutung unterschätzt wird.

Der Bund mit dem eigentümlichen Namen entstand Anfang 1924. In den Jahren zuvor war die Weimarer Republik gewaltsamen Angriffen sowohl von „rechts“ als auch von „links“ ausgesetzt. Politische Morde und Aufstandsversuche erschütterten die Demokratie. Gegründet wurde das Reichsbanner am 22. Februar 1924 auf Initiative von Sozialdemokraten. Diese hatten sich bereits zuvor bei der Republikverteidigung engagiert. Zeitpunkt und Ort der Gründung waren bewusst gewählt. Der 22. Februar war der Geburtstag von August Bebel, ein wichtiger Gedenktag für die SPD.

Magdeburg als Gründungsort wurde nicht nur deshalb ausgesucht, weil die Stadt als Hochburg der SPD galt, sondern auch, weil sich hier 1918 der deutschnationale Wehrverband „Stahlhelm – Bund der Frontsoldaten“ gegründet hatte. Insofern wollte man dem rechtsextremen Veteranenkult etwas entgegensetzen, auch durch den Namenszusatz „Bund der republikanischen Kriegsteilnehmer“. Das Gros der Reichsbanner-Mitglieder setzte sich zunächst aus ehemaligen Soldaten des Ersten Weltkrieges zusammen. Dieser Umstand belegt zugleich, dass nicht alle Frontsoldaten republikfeindlich eingestellt waren. Später konnten Interessierte auch ohne jeden Bezug zum Militärdienst in den Bund aufgenommen werden. Dessen wichtiges Ziel bestand darin,



Ankündigung der Reichsbanner-Verfassungsfeier, 1928. Der Versammlungsort Paulskirche und die schwarz-rot-goldenen Farben sind Symbole der Demokratieverbundenheit. Quelle: Gedenkstätte Deutscher Widerstand (GDW).

den Feinden der Weimarer Demokratie keinesfalls die Straße zu überlassen.

Parteiübergreifender Bund

Das Reichsbanner verstand sich als parteiübergreifende Organisation. Sozialdemokraten, Mitglieder der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) und der Deutschen Zentrumspartei engagierten sich gemeinsam für die Achtung und Verwirklichung der Verfassung. Sozialdemokraten dominierten die Organisation in der gesamten Zeit. Deren prozentualer Anteil stieg gerade in den letzten Jahren der Weimarer Republik auf über 95 Prozent. Voraussetzung für die Mitgliedschaft war das klare Bekenntnis zur Verfassung. Diese räumte seit dem Jahr 1919 jeder Person erstmals weitgehende politische Rechte ein. Die Weimarer Verfassung war damals eine der fortschrittlichsten weltweit. Insbesondere unter dem Gesichtspunkt der in der Verfassung fixierten Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen erscheint in der Rückschau betrachtet die Verweigerung einer Mitgliedschaft für Frauen im Reichsbanner vollkommen verständlich. Man muss sich jedoch vergegenwärtigen, dass das damalige Gesellschafts-, Ehe- und Familienleben

trotz des nun bestehenden Wahlrechtes für Frauen geprägt war von traditionellen Rollenmustern. Das Reichsbanner verstand sich als rein männlicher Kampfbund.

Obwohl Frauen formal nicht Mitglied im Reichsbanner sein durften, brachten sie sich in die Arbeit des Bundes ein. Unterstützerinnen fand das Reichsbanner in allen drei republiktreuen Parteien. Politikerinnen der SPD, des Zentrums und der DDP forderten andere Frauen dazu auf, sich republikanisch zu positionieren. Zum Ende der Weimarer Republik, besonders ab Ende 1931, wurden bei Bündnisbestrebungen mit den Gewerkschaften und der SPD vermehrt Frauen eingebunden.

Als politische Gegner standen den Mitgliedern des Reichsbanners Nationalsozialisten, Monarchisten und Kommunisten gegenüber. Die zentrale Aufgabe des Reichsbanners bestand im Schutz politischer Versammlungen und Demonstrationen. Ein weiterer Schwerpunkt war die staatspolitische Bildung. Betont wurde dabei die Tradition eines Patriotismus, der auf die Ideale der deutschen Revolution von 1848 zurückging. In diesem Zusammenhang ist auch das Engagement des Reichsbanners zur Akzeptanz der Nationalfarben Schwarz-Rot-Gold zu verstehen. Die mühsame Durchsetzung der schwarz-rot-goldenen Flaggenfarben gegenüber den schwarz-weiß-roten und das Bekenntnis zu den Farben der Republik in einem erheblichen Teil der Bevölkerung war ein Verdienst des Bundes.

Republikverteidigung

Das Reichsbanner war angetreten, um die Republik gegen „jeden Angriff“ zu verteidigen, wie es hieß. Es ging im Alltag darum, Veranstaltungen zu schützen und demonstrativ zu zeigen, dass Demokraten Flagge zeigen. Das Reichsbanner gewann Mitstreiter aus verschiedenen gesellschaftlichen Schichten – nicht nur aus der Arbeiterschaft, sondern auch bürgerliche Intellektuelle oder beispielsweise im ländlichen Raum in der Landwirtschaft Tätige. Der Bund war auch eine der wenigen Organisationen, die sich offensiv gegen Antisemitismus positionierten. Nicht zuletzt deshalb hatte er viele Juden in den eigenen Reihen.

Viele Gegner des Nationalsozialismus kamen aus dem Reichsbanner und

anderen republiktreuen Organisationen. Sie machten gegen Bedrohungen für die Republik mobil. Zum Ende der Weimarer Republik traten Reichsbanner-Angehörige gegen die NS-Bewegung verstärkt in Erscheinung. Satzungsmäßig war im Reichsbanner zwar nur die „verteidigende Gewalt“ unter Anerkennung des staatlichen Gewaltmonopols erlaubt. In der harten Realität gab es jedoch mitunter offensive Aktionen. In erster Linie war das Reichsbanner aber selbst Ziel nationalsozialistischer Gewalt. Das Reichsbanner hatte zwischen 1930 und 1933 unzählige Schwerverletzte und mehr als 60 Tote zu beklagen. Der Bund hatte sich insbesondere der Brutalität der Sturmabteilung (SA) der NSDAP zu erwehren.

Zur Abwehr der Gewalt betrieben Reichsbanner-Aktivist*innen Selbstverteidigungssport. Bereits Ende 1931 wurde unter Führung der SPD die „Eiserne Front“ gegründet. In der „Eisernen Front“ schlossen sich zu einem Bündnis zusammen: die SPD, die Freien Gewerkschaften sowie das Reichsbanner mitsamt SPD-naher Arbeitersportverbände. Die drei Pfeile im Symbol der „Eisernen Front“ stehen für diese Gruppen. Die Pfeile symbolisieren also die politische, wirtschaftliche und physische Macht der Arbeiterbewegung. Das Reichsbanner stand zum Ende der Weimarer Zeit vor einer kaum lösbaren Aufgabe: Der Bund warb für ein System, das durch die Weltwirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit an Vertrauen einbüßte. Das Werben für die Demokratie wurde durch die Agitation von Nationalsozialisten auf der rechten Seite und der Kommunisten auf der linken von Tag zu Tag schwerer. Gerade das Jahr 1932 belegt eindrücklich, unter welcher hohen Inkaufnahme von Risiken sich Menschen für die erste deutsche Demokratie engagierten, obgleich ihre Handlungsspielräume immer geringer wurden.

Illegalität und Verfolgung

Die repressive Dynamik in den ersten Wochen nach der Machtübernahme Hitlers Anfang 1933 traf das Reichsbanner – trotz gewisser Vorbereitungen – unvermittelt. Vergleiche mit bisherigen Maßnahmen zur Einschränkung des Reichsbanners führten zur Unterschätzung der Verfolgungsdimension. Man verzichtete letztlich auf das Signal zum Kampf, weil dieser insbesondere nach der Reichstagswahl Anfang März 1933 als kaum noch zu gewinnen galt und weil sich abzeichnete, dass auch die Freien Gewerkschaften und die SPD



Klebezettel der „Eisernen Front“, 1932. Quelle: GDW

nicht zum offensiven Widerstand aufrufen wollten.

Teile des „Reichsbanners“ zerfielen im Frühjahr 1933 von einem Tag auf den anderen. Oder aber sie lösten ihre Strukturen auf, nachdem im März 1933 in den Ländern erste Verbote von Reichsbanner-Gruppen vollstreckt worden waren. In ländlichen Regionen nutzten die NS-Verfolger die Verbote im Frühjahr 1933 dazu, um mit Hilfe von Gewalt „alte Rechnungen“ zu begleichen. Man konnte sich dort besser als in der Anonymität der Großstadt. Die Nationalsozialisten nutzten das Verbot, um allgemein gegen bekannte Sozialdemokraten vorzugehen. Schließlich waren Partei und Gewerkschaften noch nicht verboten. Die Freien Gewerkschaften wurden am 2. Mai 1933 verboten, die SPD am 22. Juni 1933. So konnten „Schutzhaft“-Maßnahmen zunächst mit Verweis auf das Verbot des Reichsbanners legitimiert werden.

Trotz der Bedrohungen fanden illegale Treffen von Reichsbanner-Mitgliedern statt. Sie beschlossen, in kleinen konspirativen Zirkeln den Zusammenhalt zu wahren. Vorrangig in Norddeutschland, in Lübeck, Bremen und Hamburg, aber auch in der Metropole Berlin und vereinzelt in Süddeutschland kamen Reichsbanner-Mitglieder zusammen. Sie beschlossen, sich mit ihren vertrauenswürdigen Mitstreitern eine verdeckte Organisationsstruktur zu geben.

Einige dieser sozialdemokratisch orientierten Reichsbanner-Gruppen grenzten sich vom Widerstand der illegalen Parteizirkel der SPD ab. Sie verstanden sich als aktionistischer als die SPD. Die illegalen Gruppen waren zugleich der Überzeugung,

das NS-Regime werde zeitnah an seinen Widersprüchen zerbrechen. Festnahmen erfolgten häufig durch zu leichtsinniges Verhalten und auch deshalb, weil ständig nach Möglichkeiten gesucht wurde, um die Organisation voranzutreiben.

Das große Verdienst des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold liegt darin, dass sich der Bund intensiv für die fortschrittliche Verfassung der Weimarer Republik und damit für die erste parlamentarische Demokratie in Deutschland einsetzte. Dennoch unterlagen die Aktivist*innen der nationalsozialistischen Gewalt. Zugleich waren recht viele Mitglieder des Reichsbanners keineswegs bereit, sich dem NS-Staat unterzuordnen. Zahlreiche dieser Widerstandskämpfer versuchten zudem nach Kriegsende zu vermitteln, dass ein Neuanfang nur gelingen kann, wenn er von Bürgerinnen und Bürgern getragen wird und diese sich verantwortlich für die demokratische Gesellschaft fühlen.

Weitere Informationen zur Geschichte des Reichsbanners finden Sie hier:

 www.reichsbanner-geschichte.de

INFO

Dr. Stefan Heinz ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Berliner Gedenkstätte Deutscher Widerstand und Mitherausgeber der Buchreihe „Gewerkschafter im Nationalsozialismus. Verfolgung – Widerstand – Emigration“ im Metropol Verlag.